

Inhalt

I. Höhe der Beihilfe für Zweibett-Zimmer in einem mit öffentlichen Mitteln geförderten Krankenhaus	1
1. Beihilfefähigkeit der Aufwendungen für stationäre Krankenhausbehandlungen in Privatkliniken	1
2. Bewertung durch das BVerwG	2
II. Neues auf Rehmnetz	3
III. Beamtenblog	3

I. Höhe der Beihilfe für Zweibett-Zimmer in einem mit öffentlichen Mitteln geförderten Krankenhaus

*von Wolfgang Weigel, Regierungsrat,
Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, München*

Neben allgemeinen Krankenhausleistungen für voll- und teilstationäre Behandlungen im Sinn des § 2 Abs. 2 Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) können nach den näheren Vorgaben des § 17 KHEntgG weitere Krankenhausleistungen als Wahlleistungen angeboten werden. Diese Wahlleistungen sind schriftlich zu vereinbaren; vor der Vereinbarung ist der Patient über die Entgelte der Wahlleistungen und deren Inhalt schriftlich zu informieren.

Das Bundesverwaltungsgericht hatte sich im Urteil von 9. Oktober 2014 – 5 C 26713 mit der Frage der Kosten der Unterbringung in einem Zweibett-Zimmer auf der Komfortstation eines Krankenhauses zu befassen. Anstelle der Kosten eines Zweibett-Zimmers auf der Komfortstation in Höhe von 58 € hatte die Beihilfestelle zunächst der Beihilfefestsetzung nur einen Betrag für ein „normales“ Zweibett-Zimmer der Abrechnung zugrunde gelegt. Die Patientin war vom Krankenhaus nicht über die unterschiedlichen Formen der Unterbringung in einem Zweibett-Zimmer unterrichtet worden.

Die Ablehnung von Beihilfeleistungen zu den Kosten eines Zweibett-Zimmers auf der Komfortstation wurde vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt.

Bietet ein Krankenhaus die Wahlleistungen Unterkunft in verschiedenen Ausführungen – und damit zu Entgelten in unterschiedlicher Höhe – an, muss der Patient vor Abschluss der Vereinbarung hierüber unterrichtet werden. Unterbleibt diese Unterrichtung wie im beschriebenen Sachverhalt, ist die getroffene Vereinbarung unwirksam. Das Entgelt für die Unterbringung in einem Zweibett-Zimmers auf der Komfortstation zählt damit nicht zu den beihilfefähigen Aufwendungen.

1. Beihilfefähigkeit der Aufwendungen für stationäre Krankenhausbehandlungen in Privatkliniken

Bei Behandlungen in Privatkliniken, d.h. in Krankenhäusern, die das Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) oder die Bundespflegesatzverordnung (BPflV) nicht anwenden, ist die Beihilfefähigkeit der Behandlungskosten nach dem Beihilferecht des Bundes und der Länder der Höhe nach begrenzt. Bei der beihilferechtlichen Bewertung ist dem Grunde nach ein Vergleich mit den Kosten einer Behandlung in einem öffentlichen Krankenhaus durchzuführen. Hierbei ist bzgl. der allgemeinen Krankenhausleistungen zu unterscheiden, ob in einem mit öffentlichen Mitteln geförderten Krankenhaus die Abrechnung nach DRG-Fallpauschalen (diagnosebezogenen Fallgruppen) oder nach tagesgleichen Pflegesätzen (Abteilungs- und Basispflegesatz) erfolgen würde. Der letztgenannte Vergleichsansatz erfolgt weit überwiegend in Kliniken der Psychiatrie, Psychosomatischen Medizin und Psychotherapie. Daneben sind auch in einer Privatklinik Wahlleistungen beihilfefähig, wenn eine entsprechende Wahlleistungsvereinbarung unterzeichnet wurde.

Das Bundesverwaltungsgericht hatte sich in den Urteilen von 6. November 2014 – 5 C 36/13, 37/13 und 7/14 mit der Frage des Umfangs der durchzuführenden Vergleichsberechnung zu befassen. Maßgebend war in allen drei Entscheidungen das Beihilferecht des Landes Baden-Württemberg, jeweils in der im Zeitpunkt des Entstehens der Aufwendungen maßgebenden Fassung (Dezember 2010 bzw. 2011).

2. Bewertung durch das BVerwG

Den Entscheidungen mit den Az. 5 C 36/13 und 37/13 lagen Erkrankungen aus dem psychosomatischen, psychischen oder psychotherapeutischen Formenkreis zugrunde. Das Bundesverwaltungsgericht hat folgende grundsätzlichen Bewertungen getroffen:

- Bzgl. des Vergleichs ist auf das zugelassene Krankenhaus mit der bundesweit höchsten Pauschale für die konkrete Behandlung abzustellen, da die Beihilfenorm zum maßgebenden Zeitpunkt keine räumlich eingrenzenden Regelungen enthält.
- In den Vergleich einzubeziehen sind alle berechneten Leistungen eines privaten Krankenhauses, die im Fall der Leistungserbringung durch ein öffentliches Krankenhaus durch Abteilungs- und Basispflegesätze abgegolten wären.
- Den pauschal berechneten Aufwendungen eines privaten Krankenhauses ist das Entgelt für funktional in Anspruch genommene und gesondert berechnete Wahlleistungen hinzuzurechnen.
- Ein Wahlleistungsentgelt kann allerdings nur dann in den Vergleich einbezogen werden, wenn die jeweilige funktionale Wahlleistung auch als solche vom öffentlichen Krankenhaus, das dem Vergleich zugrunde gelegt wird, angeboten wird.

Der Entscheidung mit den Az. 5 C 7/14 lag eine Erkrankung zugrunde, die im Fall der Behandlung in einem mit öffentlichen Mitteln geförderten Krankenhaus mittels DRG-Fallpauschalen anzurechnen gewesen wäre. Die folgenden grundsätzlichen Bewertungen hat das Bundesverwaltungsgericht getroffen:

- Bzgl. des Vergleichs ist auf der Basis der konkreten Behandlung das zugelassene Krankenhaus des Bundeslandes mit dem höchsten Landesbasisfallwert abzustellen, da die Beihilfenorm auch hier zum maßgebenden Zeitpunkt keine räumlich eingrenzenden Regelungen enthält.
- Den pauschal berechneten Aufwendungen eines privaten Krankenhauses ist das Entgelt für funktional in Anspruch genommene und gesondert berechnete Wahlleistungen des Krankenhauses des Bundeslandes mit dem höchsten Landesbasisfallwert hinzuzurechnen.

Zur Frage, welche Konsequenzen aus dieser Rechtsprechung zu ziehen sind, wird der Mildenberger in einer der nächsten Aktualisierungen in bewährter Weise eingehen.

Wolfgang Weigel, Regierungsrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, München



Produktipp

Mildenberger

Beihilferecht in Bund, Ländern und Kommunen

Praktiker-Kommentar



7360 Seiten
Loseblattwerk in 4 Ordnern
ISBN 978-3-8073-0014-6
€ 179,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Rechtssicherheit auf dem neuen Stand

Dieser Kommentar gehört im gesamten Bundesgebiet seit Jahrzehnten zum Standard: Das Autorenteam berücksichtigt die aktuelle Rechtsprechung ebenso wie die neuesten Entwicklungen im medizinischen Bereich. Dank seiner übersichtlichen Gliederung ist der Kommentar trotz seines Umfangs ausgesprochen benutzerfreundlich.

Enthalten sind:

- Texte der aktuellen Bundes- und Landesvorschriften,
- Vollzugsvorschriften des Bundesministeriums des Innern,
- Gebührenordnungen für Ärzte und Zahnärzte mit den vorgegebenen Steigerungssätzen und Schwellenwerten,
- einschlägige Rechts- und Verwaltungsvorschriften und alle relevanten Nebenvorschriften.

Die umfassende Kommentierung des Bundesrechts wird durch viele Beispiele veranschaulicht und geht sowohl auf vergleichbare Rechtsmaterien außerhalb des Beihilferechts als auch auf landesspezifische Besonderheiten ein. Dabei legen die Autoren nicht nur Wert auf die Genauigkeit im Detail, sondern verschaffen dem Benutzer schnell den erforderlichen Überblick.

[\[Mehr Info\]](#)

II. Neues auf Rehmnetz

News:

[BVerfG: Kopftuchverbot für Lehrkräfte ist verfassungswidrig](#)

[Fall Georg Schmid: Pensionsansprüche verurteilter Ruhestandsbeamter](#)

III. Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlisperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[70 Jahre Kriegsende: Hitler als Beamter](#)

[Hat der zur Freiheitsstrafe von einem Jahr und vier Monaten verurteilte Fraktionsvorsitzende a.d. Schmid \(„Schüttelschorsch“\) Pensionsansprüche?](#)

[Kopftuchverbot für islamische Lehrerinnen ist verfassungswidrig](#)



Produktipp

Schütz/Maiwald

Beamtenrecht des Bundes und der Länder

Kommentar



Online-Produkt

€ 139,99

ISBN 978-3-7685-4853-3

[\[Mehr Info\]](#)

Der Kommentar behandelt das gesamte Beamtenrecht anhand des Landesbeamtengesetzes von Nordrhein-Westfalen und des Beamtenstatusgesetzes, ist jedoch auf Grund seines Aufbaus auch für jedes andere Bundesland von großer Hilfe.

Bei den Erläuterungen einzelner Paragraphen werden stets Hinweise auf die Parallelvorschriften im Bund und in anderen Ländern angebracht und Abweichungen zum NRW LBG kommentiert.

Der Blog zu Pro & Contra der Reform!



Von und mit Dr. Maximilian Baßlisperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)